

Europäischer Rat

Europas Solidarität gefordert

Großbritanniens Reformvorschläge für die EU, Flüchtlingskrise, Staatsschuldenkrise. „Europa steht zweifellos vor den größten Bewährungsproben überhaupt“, machte CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt vor dem Deutschen Bundestag deutlich.



Foto: picture alliance/design pics

In dieser Woche trafen sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in Brüssel – mit zwei entscheidenden Themen. Neben den Reformplänen der Briten und dem geplanten Referendum über den Verbleib in der EU ging es insbesondere auch um einen besseren Schutz der EU-Außengrenzen.

Bei dem Gipfel bekräftigten alle Mitgliedstaaten der EU den Ende November gefassten EU-Türkei-Aktionsplan. Im Mittelpunkt stehen dabei die bessere Sicherung der EU-Außengrenzen, die Bekämpfung der illegalen Migration und die Reduzierung der Flüchtlingszahlen. Anfang März soll ein Sondergipfel der EU mit der Türkei neue Fortschritte bringen.

Hasselfeldt betonte im Vorfeld des Rates, dass gerade bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise die europäische Solidarität in ganz besonderer Weise gefragt sei, weil kein Nationalstaat diese Probleme allein bewältigen könne. „Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die Freizügigkeit in der Europäischen Union nur dann gesichert und gewährlei-

stet werden kann, wenn es uns tatsächlich gelingt, die Außengrenzen der Europäischen Union effektiv zu sichern“, machte Hasselfeldt deutlich. Dazu gehöre die Stärkung und Weiterentwicklung der Grenzschutzagentur Frontex. Hasselfeldt forderte, dass ein entsprechender Vorschlag der Europäischen Kommission endlich umgesetzt werde. Sie verwies aber auch darauf, dass sie die Verhandlungen mit der Türkei zur Bewältigung der Flüchtlingskrise für zwingend notwendig erachte, um bessere Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge in der Türkei und die Rückübernahme von Migranten zu erreichen. „Wir wissen, dass dieses Problem ohne die Türkei nicht zu lösen ist. Wir wissen aber auch – das sage ich für die CSU-Landesgruppe ganz dezidiert –, dass dies nicht mit der Frage eines möglichen Beitritts der Türkei zur Europäischen Union zusammenhängen darf, das kann nicht am Ende stehen“, so Hasselfeldt.

Anm. d. Red.: Bezüglich der britischen Reformvorschläge gab es bis Redaktionsschluss keine Ergebnisse. Welche Pläne in Brüssel diskutiert wurden, lesen Sie auf Seite 4.

Historische Bewährungs- proben



Liebe Parteifreunde,

zur fortbestehenden Diskussion um eine anonyme Millionenspende für das Islamzentrum München habe ich zusammen mit Kollegen Dr. Hans-Peter Uhl eine klare Position:

Wird von saudischer Seite versucht eine Spende als politisches Druckmittel gegenüber Deutschland und Vizekanzler Gabriel einzusetzen?

Vizekanzler Sigmar Gabriel hatte Anfang Dezember in einem Interview Saudi-Arabien kritisiert: „Aus Saudi-Arabien werden überall in der Welt wahhabitische Moscheen finanziert. Aus diesen Gemeinden kommen in Deutschland viele islamische Gefährder. (...) Wir müssen den Saudis aber zugleich klarmachen, dass die Zeit des Wegschauens vorbei ist“ (Bild am Sonntag, 06.12.2015).

Der Vorstand des Münchner Forum für Islam Benjamin Idriz teilt die Reaktion der Saudis daraufhin so mit: „Als Konsequenz hat der saudische Staat verfügt, dass derzeit keine Moscheeprojekte in Deutschland von Saudis unterstützt werden dürfen. Sobald die politischen Irritationen überwunden sein werden, kann die Überweisung erfolgen“ (MM, 21.01.2016).

Den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Vizebundeskanzler muss man für seine klaren Worte verteidigen. Die saudische Regierung hat offensichtlich nicht ausreichend erkannt, dass Meinungsfreiheit, Menschenrechte und Religionsfreiheit Grundvoraussetzungen für Demokratie sind und deshalb nicht für Wohlverhalten verhandelbar sind.

Eine Spende, die ein Wohlverhalten der Bundesregierung voraussetzt, wäre unerträglich.

Die Verknüpfung einer Spendenerlaubnis mit Aussagen des Vizekanzlers zeigt, wie weit die versprochene Neutralität der Spende mit der Realität übereinstimmt.“

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Singhammer MdB

Vierter Tragfähigkeitsbericht der Bundesregierung

Strikte Haushaltsdisziplin alternativlos

Das Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushalts darf nicht leichtfertig aufgegeben werden – das macht der vierte Tragfähigkeitsbericht deutlich, den die Bundesregierung am Mittwoch vorgelegt hat. Darin informiert sie über die langfristige Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Deutschland.

„Der vom Bundesfinanzminister vorgelegte Tragfähigkeitsbericht macht eins klar: Es gibt keinen Raum für die überzogenen Ausgabenwünsche mancher Ministerien“, fasste der finanz- und haushaltspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Bartholomäus Kalb, die Ergebnisse zusammen. Er betonte, dass es nach wie vor keine Alternative zu einer strikten Haushaltsdisziplin gebe, wenn man seinen Kindern keinen Schuldenberg hinterlassen wolle. Laut dem Tragfähigkeitsbericht sind dafür in den kommenden Jahren nicht nur ausgeglichene Haushalte, sondern sogar Einsparungen von mindestens sieben Milliarden Euro jährlich erforderlich. „Dies sollte allen eine Mahnung sein, trotz aller durch die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge notwen-



Foto: picture alliance / desgin pics

digen Mehrausgaben, das Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushalts nicht leichtfertig aufzugeben“, so Kalb.

Der Tragfähigkeitsbericht wird in jeder Legislaturperiode einmal vorgelegt und dient als „Frühwarnsystem“ einer vorausschauenden Finanzpolitik. Sein

Schwerpunkt liegt auf den Herausforderungen, die sich aufgrund des demografischen Wandels ergeben. Die ermittelten Indikatoren geben Auskunft darüber, in welchem Ausmaß aus heutiger Sicht Handlungsbedarf besteht, um solide Staatsfinanzen langfristig zu sichern.

Diese Woche

Europäischer Rat Europas Solidarität gefordert	1
Vierter Tragfähigkeitsbericht der Bundesregierung Strikte Haushaltsdisziplin alternativlos	2
Gespräch mit bayerischen Wohlfahrtsverbänden Sozialpolitik im Fokus	2
Flüchtlingskrise Asylpolitik trägt klare Handschrift der CSU	3
Flüchtlingspolitik Fakten im Überblick	3
Kommentar von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt VW-Affäre: Keine Nachteile für betroffene Kunden	4
Reform der EU Pläne für ein gemeinsames Europa	4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: Henning Schacht

Verantwortliche Redakteure:
Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns
11011 Berlin · Platz der Republik 1
Telefon: (030) 227 - 70212
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Gespräch mit bayerischen Wohlfahrtsverbänden

Sozialpolitik im Fokus

Pflegereform, Bundesteilhabegesetz, Ausbildungsreform der Pflegeberufe – Sozialpolitik spielt eine wichtige Rolle für die CSU-Landesgruppe. Das wurde bei dem Gespräch mit Vertretern der bayerischen Wohlfahrtsverbände am Donnerstag in Berlin einmal mehr deutlich.



Max Straubinger, Astrid Freudenstein und Stephan Stracke im Gespräch mit Verbandsvertretern (v.l.n.r.) Foto: CSU-Landesgruppe

„Bei der Pflegereform haben wir einen deutlichen Schritt nach vorne gemacht,“ führte der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Max Straubinger, in die Thematik ein. Die Verbandsvertreter begrüßten das Gesetz ebenfalls, baten jedoch um eine Klarstellung im Bereich des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Ein weiteres Thema war das Bundesteilhabegesetz. Stephan Stracke, der wie seine Kollegin Astrid Freudenstein ebenfalls an dem Gespräch teilnahm, wies darauf hin, dass dieses Gesetzgebungsvorhaben

für die Landesgruppe Priorität genieße. Freudenstein ergänzte, dass man mit dem Entwurf auf jeden Fall eine Stärkung der Menschen mit Behinderung erreicht habe.

Bei der geplanten Ausbildungsreform der Pflegeberufe sieht die CSU-Landesgruppe noch erheblichen Diskussionsbedarf. Man müsse schon nach dem Mehrwert des Gesetzes fragen, so Stracke. Kurz thematisiert wurden daneben mögliche Initiativen für Langzeitarbeitslose sowie Beratungsleistungen für Flüchtlinge.

Flüchtlingskrise

Asylpolitik trägt klare Handschrift der CSU

Das Asylpaket II ist endlich auf dem Weg. Gemeinsam mit dem Gesetzentwurf zur erleichterten Ausweisung von straffälligen Ausländern wurde das Maßnahmenpaket am Freitag in erster Lesung beraten. „Damit gehen wir einen wichtigen Schritt zur Reduzierung der Flüchtlingszahlen“, so CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt.

Bereits im November 2015 hatten sich die Parteivorsitzenden von CSU, CDU und SPD auf weitere Maßnahmen zur Verschärfung des Asylrechts verständigt. Den geplanten Kompromiss zu Einschränkungen beim Familiennachzug stellte die SPD jedoch monatelang in Frage. „CDU/CSU sind die Taktgeber, wenn es darum geht, die Asylgesetzgebung sachgerecht und angemessen voran zu bringen“, stellte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Stephan Mayer in seiner Rede fest. Dieses Gesetzespaket zeige, dass die Bundesregierung und die Regierungsfaktionen handlungsfähig sind, ergänzte Mayer.

Das Asylpaket II umfasst vielfältige Maßnahmen, um Verfahren zu beschleunigen und Missbrauch vorzubeugen. Der Familiennachzug für Flüchtlinge mit eingeschränktem (sogenannten subsidiärem) Schutz wird für zwei Jahre ausgesetzt – dies gilt auch für schutzbedürftige Minderjährige. Außerdem ist für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern, Folgeantragsteller und Asylbewerber,



Foto: picture alliance/dpa

die ihren Mitwirkungspflichten nicht nachkommen, künftig ein beschleunigtes Asylverfahren vorgesehen. Sie müssen bis zum Ende ihres Verfahrens in besonderen Erstaufnahmezentren bleiben; es gelten eine verschärfte Residenzpflicht und ein Arbeitsverbot. Die Flüchtlinge werden zudem künftig an den Integrationskosten beteiligt.

Auch das Abschiebungsrecht wird deutlich verschärft: Gesundheitliche Abschiebehindernisse werden stark eingeschränkt. Mit dem ebenfalls

eingebrauchten Gesetzentwurf zur erleichterten Ausweisung von straffälligen Ausländern können künftig kriminelle Ausländer leichter ausgewiesen werden. Asylbewerber, die eine Straftat begangen haben, kann die Anerkennung als Flüchtling besser verwehrt werden. Aber, so machte Andrea Lindholz (CSU) in ihrer Rede deutlich: „Alles was wir hier beschließen, wird nur wirken, wenn sich auch die Abschiebepaxis in den Ländern verbessern wird.“ Zudem müssten die zuständigen Behörden rechtzeitig informiert werden.

Flüchtlingspolitik

Fakten im Überblick

Die Reduzierung der Flüchtlingszahlen hat oberste Priorität. In mehreren Gesetzen wird das Asylrecht massiv verschärft. So werden Verfahren beschleunigt und dem Missbrauch vorgebeugt.

- ◆ **Beschleunigte Verfahren für Asylbewerber mit geringer Bleibeperspektive**
Darunter fallen Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern, Folgeantragsteller und diejenigen, die ihre Identität nicht preisgeben. Sie bleiben bis zum Ende ihres Verfahrens in besonderen Erstaufnahmeeinrichtungen. Für sie gelten eine verschärfte Residenzpflicht und ein Arbeitsverbot.
- ◆ **Mehr sichere Herkunftsländer**
Albanien, Kosovo und Montenegro wurden bereits zu sicheren Herkunftsländern erklärt. Nach dem Willen der Union sollen künftig auch Marokko, Algerien und Tunesien darunter fallen.
- ◆ **Einschränkung des Familiennachzugs**
Für Flüchtlinge mit eingeschränktem (sogenannten subsidiärem) Schutz wird der Familiennachzug für zwei Jahre ausgesetzt.
- ◆ **Bessere Registrierung und Ankunftsachweis direkt nach Einreise**
Der Ankunftsachweis erfasst wichtige Daten wie den Fingerabdruck und ist die Voraussetzung für den Bezug der vollen Leistungen.
- ◆ **Mehr Personal**
Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und die Bundespolizei erhalten mehr Personal.
- ◆ **Vorrang von Sachleistungen vor Geldleistungen**
Zudem wird für endgültig Ausreisepflichtige die Unterstützung auf das absolut Notwendige begrenzt.
- ◆ **Konsequenter Abschiebungen**
Abschiebungen werden nicht mehr angekündigt. Gesundheitliche Abschiebehindernisse werden stark eingeschränkt.
- ◆ **Erleichterte Ausweisungen für kriminelle Asylbewerber**
Die Voraussetzungen für die Ausweisung werden deutlich gesenkt.
- ◆ **Mehr Unterstützung für Länder und Kommunen**
Sie werden finanziell entlastet. Der Bund hat seine Mittel massiv aufgestockt. Er fördert ebenso den sozialen Wohnungsbau, der allen zu Gute kommt.
- ◆ **Gerechtere Verteilung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge**
Hierbei findet der sogenannte „Königsteiner Schlüssel“ Anwendung.
- ◆ **Förderung der Integration für Asylbewerber mit Bleibeperspektive**
Sie erhalten frühzeitig Integrations- und Sprachkurse. Bayern hat bereits eine Vereinbarung mit der Wirtschaft zur Arbeitsmarktintegration geschlossen.

Kommentar von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt

VW-Affäre: Keine Nachteile für betroffene Kunden

Deutschland ist und bleibt das Auto-land Nr. 1. Die Hunderttausenden Beschäftigten in der Automobilindustrie leisten hervorragende Arbeit und sind der Garant, dass Deutschland nach wie vor die modernsten und innovativsten Autos baut.

Klar ist aber: Es ist ein großer Schaden für die Marke VW entstanden. Das Unternehmen steht jetzt in der Verantwortung, das verloren gegangene Vertrauen der Kunden wieder herzustellen und den Skandal vollumfänglich aufzuklären.

Dieser Prozess wird von uns konsequent eingefordert und begleitet. Wir sorgen dafür, dass der entstandene Schaden behoben wird und für betroffene Kunden keine Nachteile entstehen. Wir haben dafür den Rückruf der betroffenen Fahrzeuge verbindlich vorgeschrieben. Die Umrüstung in einen regelkonformen Zustand hat Ende



Foto: Henning Schacht

Januar begonnen. Alles läuft bisher nach Plan und unseren Vorgaben. Wir erwarten, dass jetzt Zug um Zug alle Modelle in die Werkstatt gerufen werden. Damit sind wir in Deutschland wesentlich weiter als andere Länder.

Über den Rückruf hinaus treiben wir die Überarbeitung der Prüfprozesse voran und entwickeln das Kontrollsystem weiter. In Zukunft wird es in Deutschland Kontrollen für Kraftfahrzeuge im Stile von Dopingtests geben. Unangemeldet und jedes Jahr

werden Fahrzeuge ausgewählt und deren Schadstoffausstoß getestet. Wir bauen dazu beim Kraftfahrt-Bundesamt eigene staatliche Prüfstände unter Aufsicht des Bundesverkehrsministeriums auf. Darüber hinaus planen wir unter anderem eine Rotation der Prüfdienste und die Offenlegung der Motorsoftware. Das alles ist Teil eines umfassenden Maßnahmenpaketes im Zusammenhang mit zukünftigen Zulassungsverfahren, das die von mir eingesetzte Untersuchungskommission derzeit erarbeitet.

Reform der EU

Pläne für ein gemeinsames Europa

Ein Austritt aus der Europäischen Union ist für Großbritannien nicht ausgeschlossen. Doch welche Folgen hätte ein Brexit für die EU und für uns? Und wie kann Europa gemeinsam gestaltet werden? Das wurde beim Europäischen Rat in Brüssel intensiv diskutiert. Fragen und Antworten zu einem möglichen Brexit:

Was will Großbritannien?

Großbritannien plant spätestens für 2017 ein Referendum über einen möglichen Austritt aus der EU. Der britische Premierminister Cameron möchte die EU reformieren, um so den Verbleib in der EU seinen Bürgern empfehlen zu können. In seinen Augen dürften zum Beispiel Nicht-Euro-Länder wie eben Großbritannien nicht gegenüber der Euro-Gruppe benachteiligt werden. Außerdem müsse die Wettbewerbsfähigkeit der EU gestärkt werden. Auch möchte Großbritannien die Souveränität der einzelnen Mitgliedstaaten besser sicherstellen und den Missbrauch der Freizügigkeit bekämpfen. EU-Ratspräsident Tusk hat dazu einen Vorschlag vorgelegt, der die Notwendigkeit der Respektierung der Freizügigkeit und Nichtdiskriminierung betont, aber auch konkrete Änderungen von EU-Vorschriften vorsieht – zum Beispiel beim Kindergeld.



Foto: picture alliance / empics

Was wurde in Brüssel diskutiert?

EU-Ratspräsident Donald Tusk hat Anfang Februar einen Reformvorschlag für die EU vorgelegt, der die Forderungen Großbritanniens berücksichtigt, ohne die Errungenschaften der europäischen Integration in Frage zu stellen. Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit sollen insbesondere nachprüfbar Fortschritte beim Bürokratieaufwand für Unternehmen gemacht werden. Außerdem wird in den Plänen unter anderem der gegenseitige Respekt zwischen Nicht-Eurostaaten und Eurostaaten betont.

Wie steht die CSU-Landesgruppe zu den Plänen?

Vieles von dem, was Großbritannien will, fordert die CSU-Landesgruppe schon seit einigen Jahren. Unter dem Titel „Europa gemeinsam gestalten“ hat die CSU-Landesgruppe auf ihrer jüngsten Klausurtagung in Wildbad Kreuth ein Papier vorgelegt, welches eine bessere Sicherung der nationalen Souveränität und die Einführung einer roten Karte für nationale Parlamente vorschlägt, aber auch die mögliche Beschränkung staatlicher Sozialleistungen fordert.